

Schmid: Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters kommt nicht in Frage

Utl.: Auch Frauenpensionsantrittsalter wird nicht vorzeitig angehoben - Maßnahmen im Pensionsbereich greifen - Pensionshöhe darf nicht von Aktienkursen abhängig sein =

Wien (OTS/SK) - Scharfe Kritik äußert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Gerhard Schmid an den Forderungen einer „losen Gruppe“ aus Wirtschaft, Junger Industrie, ÖVP und NEOS nach einer Anhebung des Pensionsantrittsalters. „Diese Forderungen sind unsolidarisch und nicht diskussionswürdig“, sagte Schmid am Mittwoch gegenüber dem SPÖ-Pressedienst, denn „vielen älteren ArbeitnehmerInnen fällt es ohnehin schon schwer, einen Job zu finden. Durch eine Anhebung des Pensionsantrittsalter würden nur noch mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben werden“. Auch die geforderte sofortige Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters kommt für Schmid nicht in Frage. „Es ist vereinbart, dass das Frauenpensionsantrittsalter ab 2024 schrittweise angehoben wird und dabei bleibt es. Eine sofortige Anhebung würde die schwierige Situation älterer Arbeitnehmerinnen nur verschärfen“, so Schmid. ****

Stattdessen müssten die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen im Mittelpunkt stehen. „Wir müssen ArbeitnehmerInnen lange gesund im Berufsleben halten und Anreize für die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen, wie das vor Kurzem durchgesetzte Bonus-Malus-System schaffen“, forderte Schmid. Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer warnte vor Panikmache und Schlechtredei. „Tatsache ist, dass die zahlreichen Maßnahmen im Pensionsbereich in den letzten Jahren dazu geführt haben, dass das faktische Pensionsantrittsalter bereits auf 60,2 Jahre gestiegen ist, womit das Regierungsübereinkommen vorzeitig erfüllt wurde“, betonte Schmid.

Schmid warnte außerdem davor, die Möglichkeiten der Altersvorsorge durch die zweite und dritte Säule des Pensionssystems zu überschätzen. „Tausende Pensionisten haben bereits einmal unter Schüssel großen Schaden erlitten, weil sie mit ihren Beiträgen nur Aktienspekulationen diverser Versicherungsunternehmen unterstützt haben. Für uns steht fest: Die Pensionshöhe darf nicht von Aktienkursen abhängig sein!“, mahnte Schmid. Der

SPÖ-Bundesgeschäftsführer machte klar, dass das staatliche, umlagenfinanzierte Pensionssystem sich als sicherste Säule erwiesen hat. „Betriebliche und private Pensionsvorsorgen können höchstens ergänzend wirken, das staatliche Pensionssystem aber niemals ersetzen“, ist Schmid überzeugt. (Schluss) ve/up

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien
01/53427-275

<http://www.spoe.at/impressum>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0218 2016-01-27/15:34

271534 Jän 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160127_OTS0218